



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
49. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.07.2016
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:28 Uhr
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Jan Lindenau- SPD	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)	
Jörg Hundertmark- SPD	
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN	
Christopher Lötsch- CDU	anwesend ab 16:45 Uhr/TOP 3.2
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
Peter Reinhardt- SPD	
Lars Rottloff- CDU	abwesend von 17:17 Uhr – 18:10 Uhr / TOP 5.3 - TOP 7.1
Anette Röttger- CDU	
Andreas Zander- CDU	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Oliver Dedow- Die PARTEI-PIRATEN	
Volker Krause- BfL	Vertretung für: Herrn Marcellus Niewöhner
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Bruno Böhm- Freie Wähler/die Linke	
Anja Sabrina Hagge- SPD	
Ingrid Schatz- CDU	
Gregor Voht- Freie Wähler/die Linke	
Verwaltung	
Bürgermeister Bernd Saxe- FB 1 - Bürgermeister	
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth- Bürgermeisterkanzlei	

Tatjana Voskuhl- Recht	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Ralf Kuschnierz- FBC FB 2	
Bernd Neumann- 3.370 - Feuerwehr	anwesend nicht-öffentl. Teil bis 18:18 Uhr/TOP 13.4
Wolf-Dieter Barteck- 1.203 - Beteiligungscontrolling	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
Sven Beesel- 1.201 - Haushalt und Steuerung	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
Valessa Glisovic- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	anwesend öffentl. Teil bis 18:06 Uhr/TOP 7.1
Ulrich Kewitz- 2.500 - Soziale Sicherung	anwesend öffentl. Teil bis 17:16 Uhr/TOP 4.4
Angelika Kramm- FBC 4	anwesend öffentl. Teil bis 18:11 Uhr/TOP 7.2
Bernhard Rogge- 5.691 - LPA	anwesend öffentl. Teil bis 17:38 Uhr/TOP 5.3
Claudia Schwartz- 2.500 - Soziale Sicherung	anwesend öffentl. Teil bis 17:16 Uhr/TOP 4.4
MitarbeiterInnen FB 1 - 5-	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
VertreterInnen der Personalräte-	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
Protokollführung	
Inga Thedens- Bürgermeisterkanzlei	
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse-	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
Zuhörerinnen und Zuhörer-	anwesend öffentl. Teil bis 18:14 Uhr/TOP 9
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Thomas Rathcke- FDP	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Marcellus Niewöhner- BfL	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2016
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des AM Carl Howe - Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 21.05.2015: Klare und faire Regeln für Handelsabkommen TTIP / CETA - sonst "Nein!" - Vorlage: VO/2016/03952
3.2.	Anfrage BM Rottloff: Entwicklung bei den SIE, Umsetzung Bürgerschaftsbeschluss 26.11.2015 - Vorlage: VO/2016/03961
3.3.	NEU: Anfrage von AM/BM Ragnar Lüttke: Arbeitnehmersicherung HBV Vorlage: VO/2016/03962
3.4.	NEU: Anfrage BM Volker Krause betr. Sternwarte Lübeck
3.5.	NEU: Anfrage BM Carl Howe betr. AG Entwicklung Priwall
3.6.	NEU: Anfrage BM Volker Krause betr. Beantwortung von Anfragen der kleinen Fraktionen
4.	Berichte
4.1.	Jahresbericht 2015 über die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaushaltsseiten - Vorlage: VO/2016/03517
4.2.	Bericht betr. Übersicht der Asylunterkünfte in der HL
4.3.	Sachstandsbericht betr. Neubau einer Parkpalette am Standort Am Fahrenberg - hilfsweise Am Lotsenberg (Bürgerschaftsbeschluss vom 29.01.15)
4.4.	Nutzung des Volksfestplatzes als kommunale Gemeinschaftsunterkunft Vorlage: VO/2016/03974
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Nutzung des Volksfestplatzes als kommunale Gemeinschaftsunterkunft
5.2.	Annahme einer Zuwendung zugunsten der Nordischen Filmtage Lübeck 2016 Vorlage: VO/2016/03845
5.3.	Fortführung der Maßnahme "Verlagerung Bauhof und Lagerplatz Trave" (5.691) Vorlage: VO/2016/03910
5.4.	Baumpflegmaßnahmen 2016 und 2017 (5.660) Vorlage: VO/2016/03948
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.1.	BM Andreas Zander: Sanierung Freibad Schlutup - Vorlage: VO/2016/03930
7.2.	NEU: Dringlichkeitsantrag von AM/BM Ragnar Lüttke: Schranken-Regelung UK S-H - Vorlage: VO/2016/03963
8.	Verschiedenes
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses.

Der Vorsitzende weist auf folgende umgeteilte Unterlagen hin:

TOP 1 Übersicht der Fachausschussergebnisse

Neu

TOP 7.2 Antrag von AM Ragnar Lüttke betr. Schranken-Regelung UK S-H (VO 2016/03963)

Für die Behandlung des Antrages in der heutigen Sitzung ist es erforderlich, die Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit zu erweitern.

Herr Lüttke begründet die Dringlichkeit des Antrags und überreicht Herrn Bürgermeister Sa-xe eine Unterschriftenliste mit 86 Unterschriften von betroffenen TaxifahrerInnen.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Dringlichkeit abstimmen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit einverstanden.

Herr Senator Schindler weist darauf hin, dass statt der unter TOP 5.1 vorgesehenen Beschlussvorlage nunmehr unter TOP 4.4 ein Bericht vorgelegt werde. Der TOP 5.1 entfalle somit.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zander merkt an, dass zu TOP 4.2 die Anlage fehle.

Herr Senator Schindler erklärt, dass eine vorläufige Übersicht der Asylunterkünfte in dem unter TOP 4.4 vorgelegten Bericht enthalten sei. Eine Gesamtübersicht aller gewerblichen Asylunterkünfte werde derzeit zur Vorlage im Sozialausschuss erarbeitet und dem Hauptauss-

schuss zu gegebener Zeit ebenfalls zur Kenntnis vorgelegt.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Herr Rottloff gibt bekannt, dass er sich zur Beratung des TOP 5.3 für befangen erklären werde.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den als nichtöffentlich angemeldeten TOP „en bloc“ abzustimmen.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“
mit der vorgeschlagenen Zuordnung von
Tagesordnungspunkten in den nicht-
öffentlichen Teil einverstanden.*

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.06.2016

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Anfrage des AM Carl Howe - Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft vom 21.05.2015: Klare und faire Regeln für Handelsabkommen TTIP / CETA - sonst "Nein!" - Vorlage: VO/2016/03952
--

Herr Howe stellt mit der Vorlage 2016/03952 folgende Anfrage:

„Welche Aktivitäten hat der Bürgermeister unternommen, um den Beschluss der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck aus ihrer Sitzung vom 21. Mai 2015 zu den Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) EU/USA, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement? EU/KANADA, TISA (Trades in Services Agreement) - plurilaterales Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen: Klare und faire Regeln für Handelsabkommen TTIP / CETA – sonst "Nein!" (Vorlage VO/2015/02702) umzusetzen.

Insbesondere möge der Bürgermeister berichten, in welcher Form er sich bisher in seiner Funktion als Vertreter beim Städtetag bei der Landesregierung dafür eingesetzt hat, den Abkommen nicht zuzustimmen, wenn sie den oben genannten Anforderungen nicht vollständig entspricht.

Auch möge berichtet werden, ob der Bürgermeister sich mit der Erklärung von Barcelona befasst hat, die am 21. April 2016 beim ersten Paneuropäischen Treffen „Kommunen und die neue Generation von Freihandelsabkommen“ von anwesenden BürgermeisterInnen und ge-

wählten StadtvertreterInnen verabschiedet wurde und seither von allen Kommunen und Landkreisen unterzeichnet werden kann, die sie unterstützen. Sie wird den Verantwortlichen in der Europäischen Union, den nationalen Regierungen und zuständigen Institutionen und Organisationen übergeben.

Es wird gebeten, den mündlichen Bericht schriftlich nachzureichen.“

Herr Bürgermeister Saxe teilt hierzu mit, dass das Handelsabkommen TTIP und CETA in den Beratungen des Städteverbandes Schleswig-Holstein eine Rolle gespielt habe, der Städteverband habe hierzu ein Positionspapier verfasst, das im Internet veröffentlicht sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Howe betr. des persönlichen Einsatzes des Bürgermeisters in der Angelegenheit teilt Herr Bürgermeister Saxe mit, dass in der Sache eine kommunale Zuständigkeit nicht gegeben sei.

Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Anfrage BM Rottloff: Entwicklung bei den SIE, Umsetzung Bürgerschaftsbeschluss 26.11.2015 - Vorlage: VO/2016/03961
--

Herr Rottloff stellt mit der Vorlage 2016/03961 folgende Anfrage:

„Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 26.11.2015 folgende Maßnahmen zur Umsetzung bei der SIE beschlossen:

- a) Die Entgelte für alle Einrichtungen der SIE werden im Herbst 2015 nach den Pflegesatzverhandlungen angepasst. Dies erfolgt auf der Kostenstruktur der einzelnen Häuser.
- b) Für den Standort Heiligen-Geist-Hospital wird die Nachfrageentwicklung verfolgt und bei entsprechendem Bedarf das Platzangebot von 80 auf 83 Plätze erhöht.
- c) Durch eine Intensivierung des Marketings wird die Auslastung des Hauses Am Behnckenhof bis zum Ende der vertraglich vereinbarten Mietperiode optimiert. Anzustreben ist ein Auslastungsgrad von 96%.
- d) Der Bereich Hauswirtschaft wird weiterhin optimiert. Neben einer möglichen Nachverhandlung von 4,0 VZÄ mit den Kostenträgern werden im Rahmen der zu beobachtenden Fluktuation Catering-Konzepte geprüft und ggf. hausweise eingesetzt.
- e) Im Bereich Energiemanagement sind verstärkt Maßnahmen umzusetzen, die zu einer Senkung des Energieverbrauches im laufenden Betrieb führen.
- f) Die Ausbildung wird bedarfsgerecht reduziert.
- g) Die Einrichtung Am Behnckenhof wird nach dem Ende der vertraglichen Mietdauer 2027 nicht weiter betrieben.
- h) Die Einrichtung Schönböckener Straße wird nach dem Ende der vertraglichen Mietdauer 2019 nicht weiter betrieben.

Dazu bittet die CDU-Bürgerschaftsfraktion folgende Fragen zu beantworten:

- a) Wie haben sich die Entgelte in den einzelnen Häusern seit dem 1. Januar 2015 verändert und auf welchem Stand sind sie jetzt?
- b) Wie hat sich die Nachfrageentwicklung am Standort Heiligen Geist Hospital entwickelt und wie wurde das Platzangebot angepasst?

- c) Welche Marketingmaßnahmen wurde zur Verbesserung der Auslastung des Hauses Am Behnckenhof getroffen und wie hat sich daraufhin die Auslastung entwickelt (Bitte Zahlen zum 1. jeden Monats seit 12/2015)?
- d) Was hat die Prüfung von Catering-Konzepten für die einzelnen Häuser ergeben und wo wurde die Versorgung verändert?
- e) Welche Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauches wurden entwickelt und welche dieser Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden? Sind bereits Erfolge erkennbar?
- f) Wie hat sich die Anzahl der Auszubildenden seit 2014 bis heute 7/2016 entwickelt? Welche Anzahl an Auszubildenden ist für das kommende Ausbildungsjahr geplant?
- g) Sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, damit sichergestellt ist, dass die Einrichtung Am Behnckenhof nach Ende der vertraglichen Mietdauer nicht weiter betrieben wird?
- h) Sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, damit sichergestellt ist, dass die Einrichtung in der Schönböckener Straße nach Ende der vertraglichen Mietdauer nicht weiter betrieben wird?“

Herr Senator Schindler teilt hierzu mit, dass die Anfrage nach der Sommerpause schriftlich beantwortet werde.

Auf Bitte von Herrn Zander um heutige mündliche Beantwortung soweit möglich führt Herr Senator Schindler zu Punkt c aus, dass die Marketingmaßnahmen jetzt gestartet werden, nachdem nun die Bauarbeiten im Behnckenhof beendet wurden. Zu Punkt f erklärt Herr Senator Schindler, dass die Zahl der Auszubildenden im Bereich Hauswirtschaft gemäß des Bürgerschaftsbeschlusses für das laufende Jahr um die Hälfte reduziert wurde.

Hierzu diskutieren Herr Zander, Herr V. Krause und Herr Senator Schindler.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stellt die Beantwortung der Anfrage bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 13.09.2016 zurück.

**zu 3.3 NEU: Anfrage von AM/BM Ragnar Lüttke: Arbeitnehmersicherung HBV
Vorlage: VO/2016/03962**

Herr Lüttke stellt mit der Vorlage 2016/03962 folgende Fragen, die mündlich von Herrn Bürgermeister Saxe beantwortet werden.

1. Wurde der Beschluss in Vorlage VO/2013/00084 vom Bürgermeister umgesetzt?

Antwort:

Ja. Nach Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde am 3. Juni 2013 wurde die schuldrechtliche Vereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und dem Hafenbetriebsverein e.V. am 15. August 2013 abgeschlossen. 176.123,92 € wurden in der Vergangenheit bereits für Qualifizierungsmaßnahmen von 17 HBV-Beschäftigten abgefordert.

2. Greift die vereinbarte Arbeitnehmersicherung auch im aktuellen Insolvenzfall des HBV?

Antwort:

Ja. Die schuldrechtliche Vereinbarung ist unabhängig vom vorläufigen Insolvenzverfahren des HBV anzuwenden.

3. Sollte 2 mit Nein beantwortet werden, plant der Bürgermeister hierfür eine Regelung im Sinne des politischen Willens der Lübecker Bürgerschaft, der sich aus dem Beschluss der VO/2013/00084 ergibt, zu schaffen?

Antwort:

Entfällt, siehe Antwort zur Frage 2.

Eine Nachfrage von Herrn Lüttke wird von Herrn Bürgermeister Saxe beantwortet.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Antwort zur Kenntnis.*

zu 3.4 NEU: Anfrage BM Volker Krause betr. Sternwarte Lübeck

Herr V. Krause möchte wissen, wie es mit der Sternwarte Lübeck nach Verkauf des Grundstücks weitergehen werde.

Herr Senator Boden teilt mit, dass sich die Sternwarte Lübeck nunmehr in der Schule An der Wakenitz oder an einer der benachbarten Schulen ansiedeln möchte, hierzu werde derzeit geprüft, ob dies mit dem durch die Bürgerschaft gewährten Zuschuss realisiert werden könne.

Er biete an, zum aktuellen Sachstand nach der Sommerpause zu berichten.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

zu 3.5 NEU: Anfrage BM Carl Howe betr. AG Entwicklung Priwall

Herr Howe weist auf die AG Entwicklung Priwall, an der der FB 5, die UNV, Kurbetriebe und LTM teilnehmen und fragt, ob auch die Interessenvertretung der PriwallbewohnerInnen beteiligt werden könne.

Herr Senator Boden erklärt, dass es sich hier um eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe handele, eine generelle Beteiligung externer Personen oder Gruppen sei hier nicht vorgesehen. Es werden aber Dialoge zwischen der AG und den betroffenen PriwallbewohnerInnen geführt, für Details bitte er, direkt Kontakt zu Frau Lorenzen vom Bereich Stadtplanung aufzunehmen, die hierzu Auskunft erteilen könne.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

zu 3.6 NEU: Anfrage BM Volker Krause betr. Beantwortung von Anfragen der kleinen Fraktionen

Herr V. Krause fragt, ob Anfragen der kleinen Fraktionen grundsätzlich nicht oder nur ungenügend beantwortet werden sollen. Die BfL-Fraktion habe an die Denkmalpflege eine Anfrage betr. des Areals Alter Schlachthof gerichtet und keine Auskunft zum weiteren Verfahren erhalten. Kurze Zeit später wurde jedoch von Seiten der Denkmalpflege anderen eine Stellungnahme übermittelt, nach der das Areal unter Denkmalschutz gestellt werde. Er möchte wissen, weshalb hier eine Ungleichbehandlung stattfindet.

Herr Bürgermeister Saxe merkt an, dass der BfL-Fraktion nach seinem Kenntnisstand mitgeteilt wurde, dass sich die Angelegenheit noch in der Prüfung befinde und der Prüfungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Insofern könne von Seiten der Denkmalpflege anderen Adressaten auch keine abweichende Auskunft erteilt worden sein.

Herr V. Krause kündigt hierzu an, schriftlich mitzuteilen, an wen die abweichende Auskunft erteilt worden sei.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Jahresbericht 2015 über die Entwicklung der Leistungen auf den Produkthaus- haltsseiten - Vorlage: VO/2016/03517
---------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

zu 4.2	Bericht betr. Übersicht der Asylunterkünfte in der HL
---------------	--

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 4.3	Sachstandsbericht betr. Neubau einer Parkpalette am Standort Am Fahrenberg - hilfsweise Am Lotsenberg (Bürgerschaftsbeschluss vom 29.01.15)
---------------	--

Hierzu diskutieren – zum Teil kontrovers und mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Senator Schindler, Herr Senator Boden, Herr Lötsch, Herr Bürgermeister Saxe, Herr Howe, Herr Zander, der Vorsitzende und Herr Reinhardt.

Von Seiten der Verwaltung wird dargestellt, dass aus dem Grundstücksverkauf nach Abzug der Kosten für die Leitungsverlegung noch ca. 1,1 Mio Euro als Anschubfinanzierung für den Bau der Parkpalette bereitgestellt werden können. Gleichzeitig wird die Nachfrage des Hauptausschusses, ob die KWL GmbH zwischenzeitlich mit dem Bau der Parkpalette gemäß des seinerzeitigen Bürgerschaftsbeschlusses beauftragt worden sei, mit Hinweis darauf, dass das Vorhaben derzeit wirtschaftlich nicht darstellbar sei, verneint. Insbesondere müssen dann durch die Bürgerschaft vorab Mittel zur Deckung der Finanzierungslücke beschlossen werden. Es wird ergänzt, dass der Bebauungsplan an dieser Stelle eine Parkpalette mit 350 Stellplätzen vorsehe, im 1. BA sollen 120 Stellplätze ebenerdig hergestellt werden. Die KWL habe zwischenzeitlich mitgeteilt, dass nach Fertigstellung der Leitungsverlegung die provisorische Herrichtung der ebenerdigen Stellplatzfläche erfolge.

Von Seiten des Hauptausschusses wird angemerkt, dass die Verwaltung Lösungen aufzeigen möge, wie der Bürgerschaftsbeschluss umgesetzt werden könne. Sofern der Neubau der Parkpalette aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht möglich sei, möge die Verwaltung eine entsprechende Vorlage für die Gremien vorbereiten, damit hier ggf. ein neuer oder veränderter Beschluss gefasst werden könne. Es wird weiterhin um Auskunft gebeten, ob und ggf. wann angedacht sei, die übergangsweise Einrichtung von ebenerdigen Stellplätzen in eine Dauerlösung zu überführen. Der Hauptausschuss macht deutlich, dass er nach der Sommerpause einen ausführlichen Sachstandsbericht betr. des Neubaus einer Parkpalette Am Fahrenberg mit Darstellung ggf. bestehender Probleme bei der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses erwarte. Mit dieser Maßgabe werde der heutige Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

*Der Hauptausschuss nimmt den Bericht
als Zwischenbericht zur Kenntnis und
stellt die weitere Beratung bis zur
Sitzung des Hauptausschusses
am 13.09.2016 zurück.*

**zu 4.4 Nutzung des Volksfestplatzes als kommunale Gemeinschaftsunterkunft
Vorlage: VO/2016/03974**

Herr Senator Schindler erläutert den Inhalt des Berichts.

Herr Zander bittet um Erstellung einer Aufwandsberechnung für die Unterkunft Ostseestraße analog zu der im Bericht enthaltenen Berechnungen für die Unterkunft VFP.

Sofern der VFP nicht mehr für die Unterbringung von Geflüchteten benötigt werde, gehe er davon aus, dass die Fläche dann zeitnah für künftige Wohnbebauung entwickelt werde. Herr Senator Boden bestätigt hierzu, dass das Bebauungsplanverfahren noch in diesem Jahr abgeschlossen werde.

Herr Zander bittet weiterhin um einen Sachstandsbericht zu den Plänen des Landes SH betr. der Fläche an der Kronsfordter Landstraße.

Es spricht weiterhin Herr Howe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Nutzung des Volksfestplatzes als kommunale Gemeinschaftsunterkunft

Zu der Angelegenheit wurde nunmehr unter TOP 4.4 ein Bericht vorgelegt. Der TOP entfällt somit.

**zu 5.2 Annahme einer Zuwendung zugunsten der Nordischen Filmtage Lübeck 2016
Vorlage: VO/2016/03845**

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die von der Possehl-Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 100.000,- Euro werden angenommen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag
zu entscheiden.*

zu 5.3 Fortführung der Maßnahme "Verlagerung Bauhof und Lagerplatz Trave" (5.691) - Vorlage: VO/2016/03910

Vor Eintritt in die Beratung erklärt sich Herr Rottloff für befangen und verlässt um 17:17 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Lüttke verweist auf die umverteilte Liste mit den Ergebnissen aus den Fachausschüssen und weist darauf hin, dass die Vorlage 2016/03910 im Bauausschuss in ergänzter Fassung nicht einstimmig, sondern mit 1 Gegenstimme beschlossen wurde.

Anmerkung des Protokolls: Das Ergebnis wurde der Bürgermeisterkanzlei zur Vorbereitung der Zusammenstellung der Fachausschussergebnisse in der vorliegenden Form mitgeteilt. Die Klärung betr. des Abstimmungsergebnisses werde im Bauausschuss erfolgen.

Zu der Angelegenheit diskutieren ausführlich – zum Teil kontrovers und mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Reinhardt, Herr Senator Boden, Herr V. Krause, Herr Rogge, der Vorsitzende, Herr Lüttke, Herr Bürgermeister Saxe, Herr Dedow, Herr Hundertmark und Herr Zander.

Von Seiten der Verwaltung erfolgen umfassende Erläuterungen zu den kostenrelevanten Maßnahmen, die sich im Rahmen der Planungen ergeben haben. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Mehrkosten durch Maßnahmen ergeben, die gesetzlich vorgeschrieben seien oder langfristig zu Einsparungen führen. Die Mehrkosten werden durch Einsparungen, zusätzlichen Einnahmen und einer Anmeldung im Investitionshaushalt gedeckt.

Von Seiten des Hauptausschusses wird die hohe Kostensteigerung kritisiert und der Verwaltung eine unzureichende Vorbereitung der Maßnahme vorgeworfen. Zu Punkt 5 „Deckung der Mehrkosten“ wird darauf hingewiesen, dass für die genannten Maßnahmen, bei denen Einsparungen vorgenommen werden, dann auch keine Nachforderungen zum Haushalt mehr angemeldet werden dürfen.

Herr Reinhardt bittet um genauere Darstellung der Wirtschaftlichkeit der Photovoltaikanlage und um Mitteilung der voraussichtlichen Höhe der Einsparung durch diese Maßnahme.

Herr Rogge führt dazu aus, dass die Kosten für die Beschaffung von 1 KWh Strom derzeit bei 20 Cent liegen. Die Photovoltaikanlage liefert jährlich im Durchschnitt eine Strommenge von 160.000 KWh mit einem Wert von 32.000 Euro. Hiervon abzuziehen sind die Kosten für Betrieb und Unterhaltung der Anlage in Höhe von ca. 12.000 Euro/Jahr. Somit verbleibt eine Einsparung von 20.000 Euro pro Jahr, die einerseits durch die Eigennutzung der LPA anfallen und andererseits durch den Stromverbrauch bei den Entsorgungsbetrieben Lübeck mit einer Rückerstattung an die HL.

Herr Lüttke erklärt, er habe zu der Angelegenheit noch Beratungsbedarf und beantragt die Vertagung der Beratung.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen.

Der Hauptausschuss lehnt eine Vertagung der Beratung bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich ab.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Mit der Maßnahme Verlagerung Bauhof und Lagerplatz Trave wird fortgefahren.

Der Hauptausschuss beschließt bei
1 Gegenstimme mehrheitlich
gemäß Beschlussvorschlag.

zu 5.4 Baumpfleßmaßnahmen 2016 und 2017 (5.660) - Vorlage: VO/2016/03948

Der Vorsitzende möchte wissen, weshalb in der Ausschreibung auf die Begrenzung von max. 2 Losen je Auftragnehmer verzichtet worden sei.

Herr Senator Boden sagt eine Antwort zu Protokoll zu.

Anmerkung des Protokolls:

Die Antwort des Bereichs Stadtgrün und Verkehr liegt nunmehr vor und es wird folgendes mitgeteilt:

„Herr Lindenau bat um eine schriftliche Ergänzung zum Protokoll des Hauptausschusses vom 19.07.2016.

Herr Lindenau vermisst den Hinweis auf eine Vergabebegrenzung von maximal zwei Losen je Firma.

Der Bereich Stadtgrün und Verkehr schreibt nun schon seit drei Jahren, entgegen der früheren Praxis, alle Baumpfleßarbeiten öffentlich aus. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind nun eine ganze Reihe von schlagkräftigen Firmen auf die Ausschreibungen der Hansestadt Lübeck aufmerksam geworden und beteiligen sich am Wettbewerb.

Die geplante Ausschreibung wird wieder mehrere Lose umfassen, die genaue Aufteilung ist zu diesem Zeitpunkt aber noch gar nicht bekannt.

Wie viele Lose ein Bieter in einer vertraglich vereinbarten Abarbeitungszeit aber bearbeiten kann, wird meist erst in einem Aufklärungsgespräch deutlich. Die losweise Vergabe ist aber unbedingt geplant.

Die Ausschreibungen des Bereichs Stadtgrün und Verkehr sollen aber auch für überregional tätige Fachfirmen interessant gestalten werden, so dass diese nicht durch zu kleinteilige Vergaben abgeschreckt werden.“

Beschluss:

Mit der Ausschreibung der Baumpfleßarbeiten gemäß Baumpfleßkonzept darf begonnen werden.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 BM Andreas Zander: Sanierung Freibad Schlutup
Vorlage: VO/2016/03930**

Hierzu diskutieren – zum Teil kontrovers und mit mehrfachen Wortbeiträgen – Herr Bürgermeister Saxe, Herr Löttsch, Herr Zander, Herr V. Krause, Herr Kleyer, der Vorsitzende, Herr

Howe, Herr Reinhardt, Herr Löttsch, Frau Schatz, Herr Senator Boden und Herr Dedow.

Von Seiten der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die geschätzten Gesamtkosten der Sanierung in Höhe von € 800.000,-- durch den Gemeinnützigen Verein nicht getragen werden können, daher sollte auf Initiative des Vereins zum Haushalt eine Vorlage eingebracht werden, die einen Maßnahmenplan enthalte mit Angabe, welche Maßnahme zu welchem Zeitpunkt durch den Verein umgesetzt werden könne. Außerdem löse die Annahme einer Zuwendung eines gemeinnützigen Vereins steuerrechtliche Fragen aus, die noch geklärt werden müssen. Weiterhin müsse bedacht werden, dass ein gemeinnütziger Verein aus rechtlichen Gründen keine Baumaßnahmen in städtischen Liegenschaften als Auftraggeber durchführen könne.

Von Seiten des Hauptausschusses wird darauf hingewiesen, dass hier eine zeitnahe Entscheidung getroffen werden müsse, damit die Sanierungsmaßnahmen zur nächsten Saison abgeschlossen seien. Der Gemeinnützige Verein beabsichtige keine Gesamtanierung des Freibades, sondern möchte nur einige Maßnahmen umsetzen, wie im Antrag genannt. Dem Verein solle die Möglichkeit gegeben werden, ihr ehrenamtliches Engagement durchzuführen. Die Verwaltung möge die Voraussetzungen schaffen, dass die Maßnahme ohne weitere zeitliche Verzögerung umgesetzt werden könne. Der Gemeinnützige Verein werde Spenden einwerben und so die Maßnahmen ohne Belastung des städtischen Haushaltes finanzieren.

Der Vorsitzende regt an, dass die HL bei Annahme der Spende des Gemeinnützigen Vereins die Sanierungsmaßnahmen in eigener Zuständigkeit durchführt, als Ergänzung zur Spende könnten auch städtische Mittel zum Haushalt 2017 bereitgestellt werden.

Herr Löttsch weist nochmals darauf hin, dass bei diesem Vorgehen die Sanierungsmaßnahme nicht zur Saison 2017 abgeschlossen werden könne, daher werde dieses Vorgehen abgelehnt.

Der Vorsitzende schlägt eine Modifizierung des Antragstextes mit folgender Formulierung vor:

*„Der Bürgermeister wird aufgefordert umgehend die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, dass der Gemeinnützige Verein Lübeck-Schlutup e.V. auf eigene Kosten und Rechnung Sanierungsarbeiten auf dem Gelände und an den Gebäuden und Einrichtungen des städtischen Freibades Schlutup, Palinger Weg 70, 23568 Lübeck **in Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Lübecker Schwimmbäder** beauftragen, durchführen und begleiten kann, sowie die sanierten Einrichtungen in einem späteren Schritt der Hansestadt Lübeck übergeben kann.*

Folgende Maßnahmen sind zurzeit geplant:

Herstellung der Barrierefreiheit für Menschen mit Handicap, Erneuerung der Sanitären Einrichtungen und Umkleiden, Abdichtung des Gebäudes“

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag in geänderter Fassung einstimmig zu.

zu 7.2 NEU: Dringlichkeitsantrag von AM/BM Ragnar Lüttke: Schranken-Regelung UK S-H.- Vorlage: VO/2016/03963

Herr Lüttke begründet seinen Antrag, verweist auf die bereits an Herrn Bürgermeister Saxe vor Eintritt in die Tagesordnung übergebenen Unterschriften und bittet ihn, in der Angelegenheit Kontakt mit dem UKSH Lübeck aufzunehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18:14 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:16 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Lübeck, den 28. Juli 2016

gez.	gez.
Jan Lindenau Vorsitzender	Inga Thedens Protokollführung